



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 8. NOVEMBER 2023

Ungarns Haltung zum Konflikt in Israel

Der Überfall der Hamas auf Südisrael und die folgende Eskalation des Konflikts beschäftigt derzeit die Politik in Deutschland und der Welt. Auch in Ungarn ist dies nicht anders. Die von der UN-Vollversammlung am 27. Oktober mit großer Mehrheit verabschiedete Resolution zur Forderung einer „sofortigen humanitären Waffenruhe“ im Gazastreifen stieß auf scharfe Kritik aus Israel und wurde von Ungarn nicht mitgetragen. Ungarn stimmte zusammen mit Israel und 12 weiteren Ländern gegen die Resolution und betonte das Recht des jüdischen Staates zur Selbstverteidigung und Wahrung der eigenen Sicherheit. 120 Länder stimmten für die Resolution, 45 – darunter die Bundesrepublik – enthielten sich und 14 stimmten dagegen.



Quelle: Novák Katalin via Facebook

Treffen der Außenminister Ungarn und Israels und Katalin Novák in Jerusalem

Bereits am 31. Mai 2023 hatte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó seinen israelischen Amtskollegen Eli Cohen zum politischen Schulterschluss gegen die von der Palästinensischen Autonomiebehörde gegen Israel angestrebten internationalen Gerichtsverfahren in Budapest empfangen. Im Rahmen des Treffens hatte er die „israelfeindliche politische Haltung“ einiger Länder in der Europäischen Union kritisiert und es als inakzeptabel bezeichnet, dass palästinensische Organisationen, die mit terroristischen Organisationen in Verbindung stünden, finanzielle Unterstützung von der EU erhalten könnten und würden. Eine Kritik, die nach dem erneuten Aufflammen der Feindseligkeiten auch in Deutschland offen formuliert wird. Szijjártó hatte die Ablehnung und das strikte Vorgehen der ungarischen Regierung gegen jegliche Formen des Antisemitismus betont und

hervorgehoben, dass die größte jüdische Gemeinde Mitteleuropas und drittgrößte Europas in Ungarn lebt. Cohen wiederum hatte darauf hingewiesen, dass in vielen Bereichen wie Innovation, Sicherheit, Handel oder Kultur wichtige Partnerschaften aufgebaut worden seien. Er hatte sich für die Unterstützung Ungarns auf internationaler Ebene und die Nulltoleranzpolitik der ungarischen Regierung gegenüber Antisemitismus bedankt.

Diese Unterstützung wurde nun in Angesicht des Konflikts in Israel deutlich. Anfang November reiste die ungarische Staatspräsidentin Katalin Novák persönlich nach Jerusalem, um Präsident Isak Herzog Ungarns volle Solidarität zuzusichern. Ungarn verurteilt den Angriff der Hamas. Israel habe jedes Recht, sich selbst zu verteidigen. Allerdings habe sie auch gebeten, zivile Ziele in den Gegenmaßnahmen zu vermeiden und humanitäre Hilfe nach Gaza zuzulassen. Herzog dankte Ungarn für seine Freundschaft und tapfere Haltung.

Situation der jüdischen Bürger in Ungarn nach und vor Beginn des Konflikts vom 7. Oktober

Zahlreiche Städte in Westeuropa, aber auch Nordamerika, sahen in Folge der Eskalation zwischen Israel und der Hamas Proteste gegen das Vorgehen Israels und sogar in direkter Unterstützung und Solidarisierung mit der Terrororganisation Hamas. Im Zuge dieser aufgeheizten Stimmung kommt es zu einer Zunahme an antisemitischen und israelfeindlichen Straftaten, vor allem, aber nicht ausschließlich, im migrantischen Milieu und viele Juden beklagen eine Zunahme von Antisemitismus und Bedrohungen im Alltag.

In Ungarn ist diese Entwicklung ausgeblieben. Zwar wurde auch in Ungarn der Schutz jüdischer Einrichtungen verstärkt, die Gefährdungslage wird jedoch als gering eingeschätzt. Eine Einschätzung, welche auch von Rabbiner Jonatán Megyeri, Kommunikationsdirektor der Vereinten Glaubensgemeinde der Israeliten in Ungarn (EMIH), geteilt wird. Index gegenüber betonte er, dass die jüdische Gemeinde in Ungarn im europäischen und sogar im weltweiten Vergleich sehr sicher sei. Der Oberrabbiner der Vereinten Glaubensgemeinde der Israeliten in Ungarn (EMIH), Slomó Köves, äußerte sich im Gespräch mit Mandiner ähnlich und verknüpfte das Ausbleiben der anti-israelischen Proteste mit der rigiden Migrationspolitik der ungarischen Regierung, die einen Import antisemitischen Gedankenguts und des im Mittleren Osten schwelenden Konflikts in die ungarische Gesellschaft verhindert habe.

Das hohe Maß an politischer Unterstützung, Sicherheit und Lebensqualität der jüdischen Gemeinde in Ungarn wurde bereits im Jahre 2022 in einer Studie der in London ansässigen Denkfabrik Institute for Jewish Policy Research ersichtlich. In Rahmen der Studie wurden insgesamt 12 Länder der Europäischen Union mit einer relevanten jüdischen Gemeinde ausgewertet und verglichen. Die Studie zeigte, dass Italien und Ungarn die höchste Lebensqualität für Juden bieten und der Anteil derjenigen Juden, die im Alltag irgendeiner Form von Antisemitismus ausgesetzt waren, in Ungarn am niedrigsten war. Ein Trend der sich nach den Ereignissen und Erfahrungen der letzten Wochen nur verstärkt haben dürfte.

Orbán in Peking

Am 17. und 18. Oktober fand in Peking der zweitägige Seidenstraßen-Gipfel mit mehr als 4.000 Delegierten aus 130 Ländern statt, darunter auch der russische Präsident Putin. An dem Projekt der „Neuen Seidenstraße“ sind Länder auf allen Kontinenten beteiligt, so auch in Europa. Viktor Orbán reiste aus diesem Anlass ebenfalls zum Gipfel nach Peking – als einziger Regierungschef eines EU-Landes. Im Rahmen des Gipfels traf sich Orbán sowohl

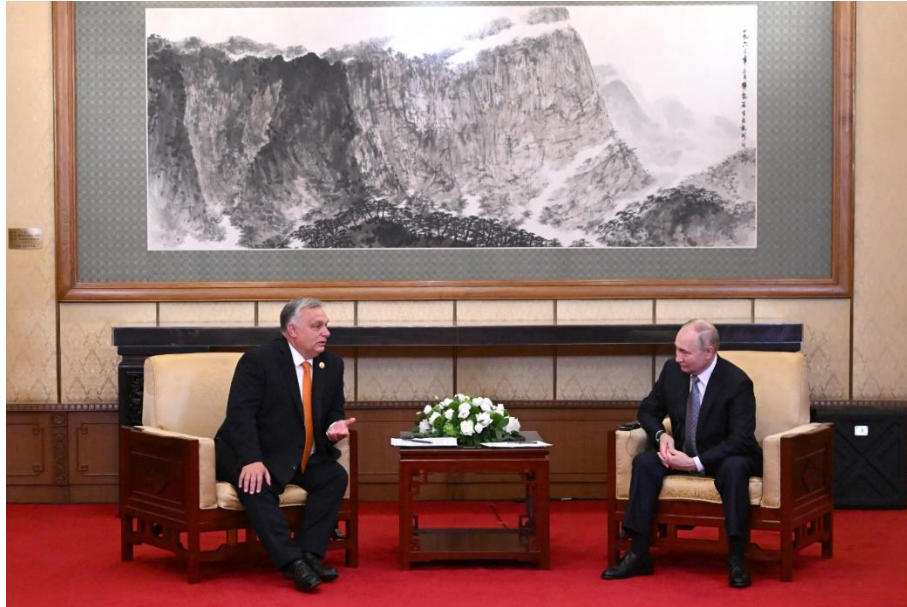
mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping als auch mit dem russischen Präsidenten Putin. Experten vermuten, dass die Mittel für das chinesische Prestigeprojekt der „Neuen Seidenstraße“, aufgrund der schwächelnden Wirtschaft des Landes, zurückgehen könnten, wohl auch deswegen ist Orbán persönlich nach Peking gereist, um für die weitere Finanzierung der 350 Kilometer langen Eisenbahnverbindung zwischen den Hauptstädten Budapest und Belgrad durch die Volksrepublik zu werben.

Kooperation mit Huawei

Im Rahmen seines Aufenthaltes besuchte Ministerpräsident Viktor Orbán auch das chinesische Telekommunikationsunternehmen Huawei. Anschließend unterzeichneten Wirtschaftsminister Márton Nagy und Gao Weijie, CEO von Huawei Technologies Hungary and Western Balkans Region, eine Absichtserklärung zur weiteren Vertiefung der 2013 von der ungarischen Regierung und Huawei begonnenen strategischen Zusammenarbeit. Ungarn erhofft sich durch die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit neue Möglichkeiten in Wirtschaftsbereichen von strategischer Bedeutung, wie etwa der digitalen Transformation der ungarischen Wirtschaft, dem Ausbau der Energiesouveränität, der grünen Transformation des Landes und der effizienteren Nutzung erneuerbarer Energien. Die Zusammenarbeit mit Huawei soll Ungarn diesen Zielen näherbringen und die Nutzung digitaler Technologien sowie die Implementierung intelligenter Energiesysteme vorantreiben. Im Rahmen der Absichtserklärung wird sich Huawei an der Entwicklung von Ladesystemen und Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Ungarn beteiligen, um ein „qualitativ hochwertiges, sicheres und zuverlässiges Netz“ in dem Land bereitzustellen.

Zusammenarbeit mit der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC)

Während seines Besuchs in China traf sich Viktor Orbán zudem mit Chen Siqing, dem Präsidenten der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC). Im Anschluss an das Treffen unterzeichnete Wirtschaftsminister Márton Nagy eine Kooperationsvereinbarung mit dem ICBC-Vorstandsvorsitzenden Liao Lin. Ziel dieser Vereinbarung sei es, die Finanzbeziehungen zwischen den beiden Ländern weiter auszubauen, die Handelsbeziehungen zu stärken und die Kooperation im Finanzsektor zu erhöhen, besonders in den Bereichen der FinTech und der Anwendung von KI. Zudem solle die Zusammenarbeit in den Bereichen Yuan-Anleiheemissionen, internationale Yuan-Abrechnung, Investitionen und internationaler Online-Handel weiter ausgebaut werden. Ein besonderes Augenmerk wurde zudem auf die Möglichkeit der Finanzierung von Infrastruktur- und Umweltprojekten gelegt. In Folge der Kooperationsvereinbarung plant die ICBC zudem, eine Niederlassung in Ungarn zu eröffnen.



Quelle: Telex / Foto: Grigorij Sziszojev / Sputnik / Reuters

Treffen mit Putin

Die Reise Orbáns und insbesondere das Treffen mit Vladimir Putin stieß im Westen auf starke Kritik und Ablehnung. Orbán bezeichnete das Treffen mit Putin als schwierig und betonte, dass sich jeder Europäer die Frage stelle, wann und ob es eine Waffenruhe in der Ukraine geben werde. Ziel der ungarischen Regierung sei es vor allem, eine weitere Massenflucht aus der Ukraine zu verhindern und die Sanktionen gegen Moskau sowie „die Kämpfe in unserem Nachbarland“ zu beenden. Trotz der Sanktionen der EU im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, welche von Ungarn vollumfänglich mitgetragen werden, versuche Budapest, an bilateralen Kontakten mit Moskau zu retten, was möglich ist.

Ungarn und Slowakei gegen Hilfspaket für die Ukraine

Ungarn und die Slowakei haben sich gegen ein erneutes Hilfspaket der Europäischen Union für die Ukraine in Höhe von 50 Milliarden Euro ausgesprochen und die Verabschiedung des Hilfspaketes entsprechend blockiert. Sowohl der slowakische Ministerpräsident Robert Fico als auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sprachen sich gegen weitere Finanzhilfen aus. Beide Regierungschefs führten Bedenken bezüglich der korrekten Verwendung der Mittel an und äußerten die Befürchtung, dass es zu einem Missbrauch der Gelder kommen könnte. Die Slowakei forderte zudem, dass ein Teil der Hilfszahlungen an die Ukraine in die Absicherung der slowakisch-ukrainischen Grenze fließen solle. Mehrere Politiker, darunter Luxemburgs geschäftsführender Regierungschef Xavier Bettel, warfen Viktor Orbán wiederum den Versuch der Erpressung vor und vermuteten, dass Orbán sein Veto benutzen wolle, um die Freigabe von 13 Milliarden Euro „zu erpressen“, welche die EU aufgrund des Streits um die Rechtsstaatlichkeit in dem Land eingefroren hatte. Auch die Forderung nach einer massiven, milliarden schweren Aufstockung des Budgets der Europäischen Union, um rund 76 Milliarden Euro, sorgte für Verstimmungen und Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten. Nettozahler wie Deutschland, Schweden, Dänemark oder etwa die Niederlande drängen darauf, bereits zugesagte Mittel zuerst umzuverteilen, wohingegen

Länder wie Slowenien, Bulgarien oder auch Estland gemeinsam mit der EU-Kommission fordern, den mehrjährigen Finanzrahmen deutlich aufzustocken.

Erneute „Nationale Konsultation“ geplant

Ministerpräsident Viktor Orbán kündigte am Freitagmorgen während eines Radiointerviews im Kossuth Radio an, dass es eine erneute „Nationale Konsultation“ geben werde. Ein Instrument, welches die ungarische Regierung seit 2010 regelmäßig einsetzt, um den Rückhalt für eigene Positionen in der Bevölkerung eruiieren zu lassen. Die angekündigte „Nationale Konsultation“ soll laut Ministerpräsident Viktor Orbán „10-11 ernste Fragen“ beinhalten. Gleichwohl der genaue Fragenkatalog noch nicht bekannt ist, sind bereits einige Fragen beziehungsweise Themenbereiche publik gemacht worden, welche sicher behandelt werden sollen. Regierungssprecherin Alexandra Szentkirályi kündigte in einem auf der Facebook-Seite der Regierung veröffentlichten Video an, welche drei wirtschaftlichen Themen in der nächsten nationalen Konsultation auf jeden Fall vorkommen werden. Genannt wurden die Nebenkostensenkung, also die gesetzliche Deckelung der Nebenkosten, der sogenannte Zinsstopp, die effektive Einfrierung der Zinssätze, sowie die Sondersteuer mit der Übergewinne von Unternehmen abgeschöpft werden sollen. Die voraussichtliche Fokussierung auf wirtschaftliche Fragen kann dabei kaum überraschen. Die wirtschaftliche Lage in Ungarn bleibt auch weiterhin angespannt und der Ausblick eingetrübt, da mehrere Faktoren die ungarische Wirtschaft nachhaltig belasten. Zu den Hauptgründen für diese Entwicklung zählen unter anderem der sinkende Konsum aufgrund der anhaltend hohen Inflation, zurückhaltende staatliche Investitionen sowie eine sinkende Investitionsbereitschaft des Privatsektors aufgrund der hohen Zinsen, Verzögerungen bei der Auszahlung der EU-Fördermittel sowie die vielschichtigen Auswirkungen des Ukrainekriegs und der Russlandsanktionen. Die Inflationsrate beispielsweise erreichte im Januar mit 25,7 Prozent ihren Höchststand, fiel aber bis September auf 12,2 Prozent. Die Zentralbank geht davon aus, dass sie bis Ende dieses Jahres auf deutlich unter 10 Prozent sinken wird. Dennoch wird für Ungarn dieses Jahr eine Stagnation vorhergesagt, mit einem anhaltenden Aufschwung und Wirtschaftswachstum wird erst ab nächstem Jahr gerechnet.

Reform der Familienförderung CSOK

Am 25. Oktober 2023 wurde bekannt, dass die Orbán-Regierung ab Januar 2024 eine signifikante Umstrukturierung des Wohnungsbau- und Familienförderungsprogramms plane. Kulturminister János Csák, der ebenfalls für die Familienpolitik zuständig ist, gab dies auf der Regierungspressekonferenz bekannt. Das bisherige CSOK-Programm, welches seit 2015 von mehr als 230.000 Familien in Anspruch genommen wurde, verfügte über ein Volumen von 754 Milliarden Forint und solle in kleinen Gemeinden, mit weniger als 5.000 Einwohnern, auch weiterhin verfügbar bleiben.

Mit der Schaffung des neuen Programms CSOK+ soll auf die veränderte Lage am Kreditmarkt und die hohen Zinsen reagiert werden. Aufgrund der hohen Zinsen sank in größeren Städten und vor allem in und um Budapest die Nachfrage nach dem bisherigen CSOK-Programm deutlich. CSOK+ legt nun einen deutlich stärkeren Fokus auf einen größeren Darlehensrahmen, welcher zu festen Zinssätzen von 3 Prozent aufgenommen

werden können solle, was in etwa einem Drittel der aktuell am Kreditmarkt erhältlichen Angebote von 8-9 Prozent entspräche. Das neue Darlehen könne ausschließlich von jungen Ehepaaren in Anspruch genommen werden, in Abhängigkeit von der Anzahl der gewünschten Kinder mit Summen von 15, 30 oder 50 Millionen Forint und einer Laufzeit von 10-25 Jahren. Voraussetzungen für die Beantragung des Darlehens seien eine Eigenkapitalquote von 10 Prozent und ein monatliches Einkommen von mindestens einem Prozent der beantragten Kreditsumme. Eine Besonderheit dieser zinsvergünstigten Darlehen ist, dass die Rückzahlung des Darlehens nach der Geburt jedes Kindes für ein Jahr ausgesetzt wird und den Familien, von der Geburt des zweiten Kindes an, bei jedem Kind jeweils 10 Millionen Forint erlassen werden. Aufgrund der Aussetzung der Rückzahlungen, des ohnehin niedrigen Zinssatzes sowie der gewährten Erlassungen müssen die Familien im Endeffekt weniger zurückzahlen als sie aufgenommen haben, wodurch sich der „Zinssatz“ gewissermaßen ins Negative verkehrt.

Die ungarische Familienpolitik erschöpft sich jedoch nicht in den Wohnungsbau- und Familienförderungsprogrammen CSOK und CSOK+, sondern schließt unter anderem ebenso Einkommenssteuerfreibeträge sowie den Ausbau der notwendigen Infrastruktur mit ein. So hat sich die Zahl der Städte und Gemeinden, die über eine eigene Kinderkrippe verfügen, in den letzten zehn Jahren mehr als verdreifacht, wodurch sich die zur Verfügung stehenden Plätze mehr als verdoppelten. Die ambitionierte und natalistische Familienpolitik des Landes spiegelt sich auch im Haushalt wider. Zuletzt wendete Ungarn rund 5 Prozent seines BIPs für die Familienförderung auf. Eine Zahl, die in Europa wohl einmalig ist.

Nationalfeiertag 23. Oktober

Anlässlich des ungarischen Nationalfeiertags fanden am 23. Oktober in Ungarn landesweit politische Kundgebungen statt. Ministerpräsident Orbán hielt seine Rede nicht in Budapest, sondern im westungarischen Veszprém, einer der drei Kulturhauptstädte Europas 2023. In Budapest hingegen organisierten mehrere der Opposition nahestehende Bewegungen, Vereine und Politiker, unter der Führung von Oberbürgermeister Gergely Karácsony, eine Demonstration gegen die Politik der Orbán-Regierung und forderten eine Reform des ungarischen Bildungssystems.

Kanzleramtsminister Gergely Gulyás besuchte anlässlich des bevorstehenden Feiertages bereits am 19. Oktober Wien zum Nationalfeiertagsempfang an der Botschaft sowie am 20. Oktober Berlin, um sich dort mit Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt und weiteren Politikern zu treffen und an einer Gedenkveranstaltung zum ungarischen Volksaufstand von 1956 teilzunehmen. Gulyás betonte in seiner Rede, dass für Ungarn die Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung „von größter Bedeutung“ sei. Ungarn, so Gulyás, sei stets bestrebt eine Einigung zu erzielen, wo immer dies möglich sei.

Streitkräftemodernisierung und Ausbau der Rüstungsindustrie

Panzersimulationszentrum Tata

Die Modernisierung der ungarischen Streitkräfte schritt auch im Oktober 2023 weiter voran. In der westungarischen Kleinstadt Tata wurde das renovierte Kuppelgebäude der 1. Klapka-

György-Panzerbrigade eingeweiht, in dem ungarische Soldaten mit Hilfe von Simulatoren an der neubeschafften Panzerhaubitze 2000 und später auch dem Kampfpanzer Leopard A7 ausgebildet werden sollen. Laut einer Pressemitteilung des Korps umfasste die Renovierung des Gebäudes die Einrichtung von Schulungsräumen, darunter ein Artillerieaufklärungs- und Geschützsimulator, eine Ausbildungsstation für digitale Feuerleitanlagen und ein Simulator für die Ausbildung von Kampfwagenfahrern. Das Simulationszentrum ist damit das modernste seiner Art in Europa.

Cybersicherheitszentrum des militärischen Sicherheitsdienstes in Budapest

Anfang Oktober wurde das neu aufgebaute Cyberspace-Operationszentrum des Nationalen Militärischen Sicherheitsdienstes in Budapest eingeweiht und übergeben. Verteidigungsminister Kristóf Szalay-Bobrovniczky betonte in seiner Rede die Bedeutung der Cybersicherheit für den Alltag der Menschen aber besonders für militärische Operationen. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und die veränderte Sicherheitslage hätten den Aufbau eines Cyberspace-Operationszentrums des Nationalen Militärischen Sicherheitsdienstes, an dem alle Kenntnisse und Fähigkeiten an einem Ort gebündelt sind, erforderlich gemacht.

Gidrán-Produktion in Győr geplant

Auch die sich im Aufbau befindende ungarische Rüstungsindustrie machte erneut mit Ankündigungen, Inbetriebnahmen und Investitionen von sich Reden. Am 31. Oktober wurde im ungarischen Verteidigungsministerium eine Absichtserklärung über die Produktion von gepanzerten Radfahrzeugen in Ungarn unterzeichnet. Ziel des Joint Venture-Projekts zwischen dem türkischen Rüstungsunternehmen Nurol Makina und dem renommierten ungarischen Automobilhersteller Rába ist die Produktion der gepanzerten Truppentransporter vom Typ Gidrán in der westungarischen Stadt Győr. Die Endmontage des Gidrán-Kampffahrzeugs findet bereits im ungarischen Kaposvár statt, wo auch die zusätzlichen Radar- und Waffensysteme in das bisher von Nurol Makina hergestellte Basisfahrzeug integriert werden.

Ungarischer Doppelnobelpreis

Doppelerfolg für Ungarn. Gleich zwei ungarische Wissenschaftler wurden in diesem Jahr mit dem renommierten Nobelpreis ausgezeichnet. Zunächst erhielt die ungarische Biochemikerin Katalin Karikó, zusammen mit dem US-amerikanischen Mikrobiologen Drew Weissman, den diesjährigen Nobelpreis für Medizin. Ausschlaggebend waren die Entdeckungen der beiden Wissenschaftler zur Nukleosidmodifikation, die den Weg für die Entwicklung eines wirksamen mRNA-basierten Impfstoffs gegen COVID-19 erst ermöglicht und das Verständnis der Interaktion zwischen mRNA und dem Immunsystem grundlegend verändert haben. Nur einen Tag darauf wurde bekannt, dass auch Ferenc Krausz, zusammen mit Pierre Agostini und Anne L'Huillier, mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet werden, für ihre Arbeit auf dem Gebiet der Attosekunden-Puls- und Elektronenphysik. Mit dem jüngsten Preis erhöht sich die Gesamtzahl der ungarischen Nobelpreise auf 16.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt fortlaufend **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

„**Meinungsmacht und Cancel Culture**“ – war der Titel eines Doppelvortrages von **Prof. Dr. Andreas ANTER**, Inhaber der Professur für Politische Bildung der Universität Erfurt, und **Prof. Dr. Dieter SCHÖNECKER**, Professor für Praktische Philosophie der Universität Siegen, mit anschließender Podiumsdiskussion am **5. Oktober 2023**. Sowohl in den Vorträgen selbst als auch in der anschließenden, von **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der TU Chemnitz und Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut, moderierten Podiumsdiskussion wurde analysiert, wie sich die Grenzen des Sagbaren zunehmend verschieben und verengen, wie sich das Wechselspiel medialer Meinungsbildung und politischer Macht in Deutschland entwickelt und welchen Einfluss diese Dynamik auf die öffentliche Debatte hat. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie [hier](#).



Am **8. Oktober 2023** richtete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium (MCC) einen **Wahlabend** anlässlich der wegweisenden **Landtagswahlen in Hessen und Bayern** aus. **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, diskutierte und analysierte zusammen mit **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der TU Chemnitz und Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut, **Prof. Dr. Werner J. PATZELT**, Forschungsdirektor des MCC Brüssel, sowie **Dr. Tibor PÉZSA**, langjähriger Nachrichtenchef bei der Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) in Kassel, die Resultate der Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Die Veranstaltung im **Scruton Café** wurde von rund **150 Personen** besucht. Weitere Informationen zur Veranstaltung sowie einen umfassenden Veranstaltungsbericht finden Sie [hier](#).

„Der kurze Sommer der Freiheit: Wie aus der DDR eine Diktatur wurde“ – lautet der Titel des neuen Buches des **deutschen Schriftstellers Klaus-Rüdiger MAI**, welches am **18. und 19. Oktober in den MCC-Bildungszentren in Debrecen und Miskolc** vorgestellt wurde. Mai behandelt in seinem neusten Werk die Geschichte des mutigen Widerstands Leipziger Studenten gegen die Stalinisierung Ostdeutschlands und bettet ihre Geschichte ein in die Unterdrückung demokratischer Anfänge in der DDR von ihrer Gründung 1949 bis zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Hier finden Sie Berichte zu den Veranstaltungen in [Debrecen](#) und [Miskolc](#).

In seinem Vortrag „**Jagd auf roter Oktober**“ vom **25. Oktober 2023**, gehalten am MCC-Bildungszentrum in Pécs, thematisierte **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der TU Chemnitz und Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut, die zunehmende Sozialismusnostalgie in den ostdeutschen Bundesländern und betonte, dass sich nicht nur der Rechtsextremismus auf dem Vormarsch befinde, sondern ebenso der Linksextremismus. Im Gegensatz zum Rechtsextremismus werde linksradikales und kommunistisches Gedankengut jedoch nicht im selben Maße als Bedrohung für die Gesellschaft wahrgenommen, was einen gefährlichen Trend darstelle. Weitere Informationen zur Veranstaltung sowie einen umfassenden Veranstaltungsbericht finden Sie [hier](#). Am Folgetag des **26. Oktober 2023** war Professor Kroll in Szekszárd zu Gast, wo er einen [Vortrag](#) zum Thema „**Deutschland, ein geteiltes Land - Die Rolle der alten und neuen Bundesländer in der deutschen Politik**“ hielt.

Bevorstehende Veranstaltungen

MCC | **DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT**

8 / 11 / 2023
Mittwoch 16.00 Uhr

Uránia
Nationales Filmtheater
Rákóczi út 21
1088 Budapest

Ungarnpremiere des
Dokumentarfilms sowie
Podiumsdiskussion mit
Sebastian Kurz
österreichischem Bundeskanzler a.D.

**Kurz –
Der Film**

KURZ

Am **8. November 2023** wird im **Nationalen Filmtheater Uránia** in Budapest die ungarische Film Premiere des **Dokumentarfilms „Kurz – Der Film“** über den österreichischen Ex-Bundeskanzler **Sebastian KURZ** stattfinden. Der Film wird in **deutscher Originalsprache mit ungarischen Untertiteln** ausgestrahlt.

In der dritten Novemberwoche begrüßen wir am **14. November 2023** einerseits **Dr. Andreas LUTSCH**, Juniorprofessor für nachrichtendienstliche Analyse (Intelligence Analysis) an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, im **Café Scruton V.P.** zum Vortrag mit anschließender Podiumsdiskussion zum Thema **„Nukleare Abschreckung am Beispiel Deutschlands“**.

MCC | **DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT**

16 / 11 / 2023
Donnerstag 17:00 Uhr

MCC -
Hunyadi Mátyás Saal
Tas vezér utca 3-7,
1113 Budapest

**Ich war Bild -
16 Jahre an der Spitze
der mächtigsten Zeitung
Deutschlands**

KAI DIEKMANN
Journalist, ehemaliger Chefredakteur der Zeitung Bild

BORIS KÁLNOKY
Leiter der Medienschule am MCC

Am **16. November 2023** wird andererseits **Kai DIEKMANN**, ehem. Chefredakteur und Herausgeber der BILD-Zeitung, sein **Buch „Ich war Bild“** im **Café Scruton am MCC** vorstellen. Die anschließende Podiumsdiskussion wird von **Boris KÁLNOKY**, Leiter der Medienschule des MCC, moderiert. Weitere Informationen zu beiden Podiumsveranstaltungen finden Sie im Laufe des Monats auf unserer [Webseite](#).

Den Monat beschließen werden wir mit einer Doppelveranstaltung online und in Präsenz. Am **23. November 2023** begrüßen wir Sie in Zusammenarbeit mit der **Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V.** zur gemeinsamen Veranstaltungsreihe „**Deutschland und Ungarn im Gespräch**“, in deren diesmaliger Ausgabe wir das Jubiläum „**40 Jahre deutschsprachige Mediziner Ausbildung in Ungarn – Bilanz und Perspektiven einer Erfolgsgeschichte**“ mit **Prof. Dr. Alán ALPÁR**, Vizerektor für internationale Ausbildung der Semmelweis Universität, feiern werden. Die **Online-Veranstaltung per Zoom** wird um **16.00 Uhr**, die **Präsenzveranstaltung im MCC Scruton Café** ab **18.00 Uhr** stattfinden. Moderieren werden Institutsdirektor **Bence BAUER** sowie Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft **Dr. Gerhard PAPKE**. Mehr dazu auf unserer Homepage unter folgenden Links: [Zoom](#) 16 Uhr – [Präsenzveranstaltung](#) 18 Uhr.

Veröffentlichungen

In seinem Artikel „**Debates about Hungary – Debates about Germany?**“ skizziert **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, die Besonderheiten der ungarischen Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán und legt dar, warum diese konservative Regierung für viele grüne, linke und linksliberale Parteien den Gegenpol zu ihrem eigenen politischen Kompass darstellt und weshalb selbst europäische Parteien mit christlich-demokratischer und konservativer Weltanschauung immer wieder mit der, oftmals sehr spezifischen aber auch sehr erfolgreichen und entschlossenen, Politik der Orbán-Regierung hadern. Bei näherer Betrachtung offenbaren die Debatten über Ungarn, so Bauer, mindestens genauso viel über das Deutschland und Europa von heute als über Ungarn selbst. Den englischsprachigen Artikel, veröffentlicht im **Hungarian Conservative**, erreichen Sie unter diesem [Link](#).

In seinem Artikel „**Sozial ist, was Arbeit schafft**“ thematisiert **Richard J. SCHENK**, ehemaliger Research Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut des Mathias Corvinus Collegiums, die Charakteristika und Besonderheiten der ungarischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und unterzieht ebenjene, mehr als zehn Jahre nach der Verkündung des neuen Kurses, einer genaueren Betrachtung. Dabei geht er den zentralen Fragen nach den Ursprüngen dieser politischen Wende nach, analysiert was seit 2010 wie umgesetzt wurde und warum die ungarische Beschäftigungspolitik selbst im Ausland so viel Aufmerksamkeit erregte. Den Artikel auf der Website der **Budapester Zeitung** finden Sie [hier](#).

Besuchstipp



Die Gül-Baba-Türbe auf dem Budapester Rosenhügel (Quelle: gulbabaalapitvany.hu)

Die Gül-Baba-Türbe ist eine muslimische Grabstätte an den Hängen des Rosenhügels (Rózsadomb) im II. Bezirk von Budapest. Die Grabstätte des 1541 verstorbenen türkischen Bektaschi-Derwischs und Dichters Gül Baba gilt als nördlichster Wallfahrtsort des Islam. Gül Baba (wörtl. Vater der Rosen) ist zudem Namensgeber des Rosenhügels in der ungarischen Hauptstadt. Die letzte Renovierung und Umgestaltung der Grabstätte im Jahre 2017 kostete rund 2,5 Milliarden Forint und wurde zu gleichen Teilen von Ungarn und der Türkei finanziert. Die Grabstätte selbst ist heute Eigentum der Türkei.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Alexander Rasthofer

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu